



Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Bearbeiten von Anträgen auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

**1. Verantwortlicher
(Art. 13 Abs. 1 lit. a) DSGVO)**

Verbandsgemeinde Maikammer
Immengartenstraße 24
67487 Maikammer
Telefon: 06321/ 5899 – 0
E-Mail: poststelle@vg-maikammer.de
Homepage: www.vg-maikammer.de

**2. Beauftragter für den Datenschutz
(Art. 13 Abs. 1 lit. b) DSGVO)**

Verbandsgemeindeverwaltung Maikammer
Immengartenstraße 24
67487 Maikammer
Telefon: 06321/ 5899 – 27
E-Mail: datenschutz@vg-maikammer.de

**3. Zweck und Rechtsgrundlage der
Verarbeitung personenbezogener Daten
(Art. 13 Abs. 1 lit. c) DSGVO)**

Zweck: Bearbeiten von Anträgen auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs.2 DSGVO
§ 67 ff SGB X
§ 35 SGB I

AsylbLG Satzung des Landkreises Südliche Weinstraße zur Delegation der Aufgabenwahrnehmung nach dem AsylbLG in Verbindung mit dem Landesaufnahmegesetz vom 08.01.1999

**4. Empfänger oder Kategorien von
Empfängern der personenbezogenen Daten
(Art. 13 Abs. 1 lit. e) DSGVO)**

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

Intern:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Kreisverwaltung Südliche Weinstraße
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- andere Behörden

**5. Übermittlung von personenbezogenen
Daten an ein Drittland
(Art. 13 Abs. 1 lit. f) DSGVO)**

Es ist nicht vorgesehen, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/ eine internationale Organisation zu übermitteln.

**6. Dauer der Speicherung der
personenbezogenen Daten
(Art. 13 Abs. 2 lit. a) DSGVO)**

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist.

Unterlagen zur Antragsstellung und Sachbearbeitung werden in der Regel zehn Jahre nach Abschluss des Vorgangs zum Jahresende datenschutzgerecht vernichtet.

7. Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung zu erhalten.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, soweit Ihre personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sind, diese berichtigen zu lassen.

Recht auf Löschung/ Einschränkung (Art. 17,18 DSGVO)

Sie haben das Recht, gem. den gesetzlichen Voraussetzungen, die Löschung oder die

Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

- insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
- für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
- wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
- oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Datenübertragbarkeit, bei mit Hilfe von automatisierten Verfahren verarbeiteten Daten.

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet.

Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO)

Sie haben das Recht, bei der nachfolgend genannten Datenschutzaufsichtsbehörde des Landes Rheinland-Pfalz Beschwerde einzulegen, wenn Sie der Ansicht sind, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und der Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131 – 208 2449

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Information bzgl. der Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

Die von Ihnen bereitgestellten Daten sind für die Bearbeitung von Leistungsanträgen bzw. der Aufgabenerfüllung im Rahmen des AsylbLG erforderlich. Die Nichtbereitstellung der geforderten Daten führt in der Regel dazu, dass Anträge nicht weiterbearbeitet werden können und dann gegebenenfalls abgelehnt werden müssen.